

soliaktuell



Schlechte Praxis bei Praktika

Praktika-Konferenz im Bundesarbeitsministerium: Wirksame Gesetze sind nicht zu erwarten.

Praktika stärken, Missbrauch verhindern« – so lautete der Titel der »PraktikantInnen-Konferenz im Bundesarbeitsministerium (BMAS) am Mittwoch, den 7. Mai 2008.

Zu Beginn legte Frank Schneider vom PraktikantInnen-Verein Fairwork die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung in Sachen Praktikum dar. Nicht nur sein Vorwurf lautet: Praktika werden benutzt, um reguläre Arbeitsplätze zu verdrängen.

Seit 2004 ist das Thema Missbrauch von Praktika virulent. Verschiedene Studien konstatierten den inflationären Einsatz von HochschulabsolventInnen in schlecht bezahlten lange dauernden Praktikantenverhältnissen.

Auf der BMAS-Konferenz wurden diese Studienergebnisse erneut vorgestellt. Tatjana Fuchs, Autorin der Studie »Gute Arbeit aus Sicht von Berufseinsteigern«, sagte, über 50 Prozent der deutschen Praktika seien unbezahlt.

Praktika betreffen nicht nur HochschulabsolventInnen: 60 Prozent der PraktikantInnen

BERATUNG



Out now: Die neuen Broschüren der DGB-Jugend zur Einstiegsqualifizierung für JAVis, Betriebsräte und Betroffene. Bestellungen auf www.dgb-jugend.de

nen haben eine duale Ausbildung, obwohl die in hohem Maße praxisorientiert ist.

Diese seien zwar gut ausgebildet, so Fuchs, aber ihre Arbeitsfelder existierten schlicht nicht mehr. Also müssten sie nochmal von vorn anfangen – etwa mit Lernpraktika. Oder mit Pflichtpraktika im Zusammenhang mit Hartz IV. Wer kneife, habe mit Sanktionen zu rechnen.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) stellte klar, dass unbezahlte Praktika schlechte Praxis seien. Vorschriften für Bezahlung und zeitliche Begrenzung des Praktikums hielt er jedoch für »abstrakte Regeln«.

Christiane Westphal, EU-Koordinatorin für Jugend, Humankapital und Soziale Eingliederung, stellte das Thema Missbrauch von Praktika durch Arbeitgeber im europäischen Maßstab dar. Als Beleg für den Handlungsbedarf führte sie einen EU-Abgeord-

VERNETZUNG

Berufsschultour 2008

Vom 30. bis 31. Mai 2008 findet das Vernetzungstreffen »Berufsschultour 2008« in der DGB-Jugendbildungsstätte Hattingen statt.

Infos: Daniela Linke, DGB-Jugend, Henriette-Hertz-Platz 2, 10178 Berlin, Telefon 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

GEMEINSAM GEWINNEN.

INHALT

3 thema

Unglaublich schriftlich: SchülerInnen übergaben Petition für Grundrecht auf Ausbildung

4 projekte

Gleich muss sein: IG Metall-Kampagne gegen Leiharbeit

Medien: Presseverbände starten Praktika-Projekt

Weltweit Gewerkschaftsarbeit: Die Decent-Work-Kampagne

Ungleichheit an Unis: Die Hans-Böckler-Stiftung hält dagegen

6 azubi-ratgeber

Pflichten des Azubis: Das Verhalten am Arbeitsplatz II

7 bezirke + gewerkschaften

NRW: Tarifvertrag über die Förderung der Ausbildungsfähigkeit

neten an, der eine reguläre Stelle eines Assistenten als Praktikantenstelle ausgeschrieben habe. Entlohnung: »ein Mietkostenzuschuss«.

Die EU-Kommission sieht sich sogar genötigt, einen Qualitätsrahmen für Praktika zu schaffen – obwohl sie in den Bereich Ausbildung fallen, der eine nationale Angelegenheit ist. Die Abgrenzung der Praktika von regulärer Arbeit müsse unbedingt gewährleistet sein. Eine Empfehlung gehe auf jeden Fall an die Mitgliedsstaaten raus, so Westphal. Es gebe Klärungsbedarf, was Bezahlung, Krankenversicherung und Wettbewerbsverzerrung angeht. Wirksame Gesetze dürften jedoch auf sich warten lassen.

Im Round-Table-Gespräch machte DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf klar: »Junge Menschen wollen Sicherheit, Planbarkeit und Einkommen.«

Dass das Praktikum keine Marginalie sei, könne man an der von der DGB-Jugend unterstützten Petition zu einer gesetzlichen Regelung ablesen – über 60.000 Unterschriften seien zusammengekommen. Auf jeden Fall sei ein Praktikum, wie vom DGB gefordert, zu bezahlen und auf drei Monate zu begrenzen. Rudolf erinnerte daran, dass die Unternehmen für die Ausbildung schon vom Gesetz her in der Pflicht stehen. **S**

Weitere Infos: www.dgb-jugend.de

Ausbildung Ost

Neues Geld ■ Bund und neue Länder haben das Ausbildungsplatzprogramm Ost für 2008 gestartet. Damit sollen 7.000 nicht vermittelte BewerberInnen die Chance auf einen Ausbildungsplatz bekommen. Für Sachsen seien dieses Jahr 1.510 und für 2009 1.079 zusätzliche Lehrstellen für junge Leute vorgesehen. Das Bundesbildungsministerium und die Ost-Länder finanzieren die Initiative mit jeweils rund 47 Mio. Euro.

Viel Geld kommt

EU-Notprogramm für Deutschland ■ Zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Förderung der Beschäftigung erhalten Bund und Länder bis Ende 2014 rund 9,4 Mrd. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds. Auf den Bund entfallen davon rund 3,5 Mrd. Euro. Zusammen mit Geld aus dem Bundesetat ergibt sich daraus ein Fördervolumen von zusammen sechs Mrd. Euro.

Es geht aufwärts

Chemie-Industrie ■ Die chemische Industrie hat einen neuen Tarifabschluss: Die 550.000 Beschäftigten erhalten ab diesem Jahr 4,4% mehr Geld für eine Laufzeit von 13 Monaten sowie zusätzlich eine Einmalzahlung von 0,5%. 2009 werden die Entgelte um weitere 3,3% für zwölf Monate erhöht. Besonders wichtig: Eine Fortschreibung des Ausbildungstarifvertrags bis 2012 wurde ausgehandelt.

www.ig-bce.de

Bilanz geringfügig verbessert

Grafierend ■ Auch im April 2008 gab es laut DGB-Jugend eine durchaus erfreuliche Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu verzeichnen: Während im April 2007 nur 59 Ausbildungsplätze für 100 BewerberInnen zur Verfügung standen, waren es nun 78 Ausbildungsplätze. Aber: Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen lag im April 2008 mit insgesamt 359.731 eben nur geringfügig über dem Angebot in 2005. Die betriebliche Ausbildungsplatzlücke (BewerberInnen minus betriebliche Ausbildungsplätze) liegt nun bei 125.889 fehlenden Ausbildungsplätzen.

www.dgb-jugend.de

BewerberInnen

gesamt: 485.620

Ausbildungsplätze

betriebliche: 359.731

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, April 2008

Eingetütet I

EQR ■ Am 24. April 2008 wurde die Empfehlung über die Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (EQR) vom EU-Parlament und dem Rat offiziell unterzeichnet. Der EQR soll als »Übersetzungshilfe« zwischen den Qualifikationssystemen der Mitgliedsstaaten dienen, damit Abschlüsse für ArbeitgeberInnen, BürgerInnen und Einrichtungen vergleichbarer und verständlicher gemacht werden und Beschäftigte und Lernende ihre Qualifikationen in anderen Ländern nutzen können. Die DGB-Jugend sieht im EQR die Gefahr einer reinen Ökonomisierung von Bildung und Ausbildung.

Zur Kritik der DGB-Jugend siehe Soli 12-2007

Eingetütet II

Jugendschutzgesetz ■ Der Weg zu einer Novellierung des Jugendschutzgesetzes ist frei: Im April 2008 votierte der Familienausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen für den Gesetzentwurf der Bundesregierung. Ziel des Gesetzes ist es nach Aussage der Bundesregierung, Kinder und Jugendliche besser vor medialer Gewaltdarstellung und gewaltbeherrschten Computerspielen zu schützen.

Bundestagsdrucksache 16/8546

Gute Arbeit, SPD

Jusos ■ Die Jusos, die Jugendorganisation der SPD, haben eine Kampagne zum Thema »Gute Arbeit« gestartet. Kernforderung: Löhne und Ausbildungsvergütungen erhöhen. Die Kampagne soll nicht zuletzt dazu dienen, »Juso-Positionen in der SPD bekannt zu machen«, teilen die jungen PolitikerInnen mit.

www.gute-arbeit.jusos.de

Klassengesellschaft

Weiterbildung ■ Nur eine Minderheit der deutschen ArbeitnehmerInnen nutzt die Möglichkeit regelmäßiger Weiterbildungen. Nicht einmal jeder zweite Beschäftigte (43%) hat demnach in den vergangenen zwölf Monaten eine Fortbildung besucht. Mehr als einem Drittel aller Beschäftigten (37%) wurde überhaupt keine Weiterbildungsmöglichkeit angeboten, so die Ergebnisse einer Befragung durch die Forschungsgruppe Wahlen.

Und: Je geringer der Ausbildungsstand der Befragten ist, desto weniger Weiterbildungsmaßnahmen. 79% aller Befragten mit Hochschulabschluss hatten in den vergangenen zwölf Monaten von Unternehmensseite aus die Möglichkeit, eine Weiterbildung zu besuchen. Bei den HauptschülerInnen waren es nur 53%, bei den ArbeitnehmerInnen mit Mittlerer Reife 63%.

DGB erinnert

8. Mai ■ Mit Respekt gegenüber den Opfern und gegenüber denjenigen, die sich dem Nationalsozialismus entgegengestellt haben, haben die Gewerkschaften am 8. Mai 2008 an die Befreiung vom Faschismus vor 44 Jahren gedacht. DGB-Vorstandsmitglied **Annelie Buntensch** verwies dabei auf die Ausstellung »Zug der Erinnerung«, die vom DGB unterstützt wird. Derzeit ist der Zug auf der letzten Etappe der Deportationen von Görlitz nach Auschwitz unterwegs und macht in Chemnitz Station.

www.zug-der-erinnerung.eu



A. Buntensch

Digital

Opfer-Archiv ■ Das weltweit größte Archiv mit Dokumenten über die Opfer des Nationalsozialismus ist jetzt auch der Öffentlichkeit zugänglich. Die mehr als 50 Mio. Akten im hessischen Bad Arolsen wurden nach mehr als sechs Jahrzehnten für Studienzwecke freigegeben. Die Akten geben Auskunft über die Schicksale von 17 Mio. KZ-Gefangenen, Zwangsarbeitern und Verschleppten. In den vergangenen Jahren wurden die alten Dokumente digitalisiert.

www.its-arolsen.org

Positioniert

IG-BAU-Jugend ■ Der Bundesjugendausschuss der IG BAU hat die harte Politik Chinas gegen die Bevölkerung in Tibet scharf kritisiert. Die Entscheidung des deutschen Olympiakomitees, an den Olympischen Spielen, die vom 8. bis 24. August 2008 in China stattfinden, teilzunehmen, wird jedoch begrüßt: »Ein Boykott der olympischen Sommerspiele nützt nichts. Die chinesischen Machthaber würden deswegen nicht plötzlich die Menschenrechte einhalten.« Wirtschaftssanktionen brächten mehr.

www.ig-bau.jugend.de

Angst macht krank

Arbeit und Liebe ■ Wenig Lob, längere Arbeitszeiten und Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes machen in Deutschland immer mehr Menschen psychisch krank. Das geht aus dem aktuellen Bericht des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen hervor. So ist der Anteil der Krankmeldungen wegen psychischer Probleme bundesweit von 2001 bis 2005 stark gewachsen – von 6,6 auf 10,5%. Zeitdruck, mangelnde Wertschätzung und ein Ungleichgewicht zwischen beruflicher Leistung und Lohn stressesten ArbeitnehmerInnen und könnten krank machen. Allerdings: Auch ohne Arbeit drohten psychische Störungen.

www.bdp-verband.org

Unglaublich gewirbelt

»Ausbildung für alle« im April 2008: SchülerInnen übergeben in Berlin die Unterschriften für die Petition zum Grundrecht auf Ausbildung.

Mein Bruder ist zur Zeit auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Ich sehe, was da los ist. Ich denke, Aktionen wie diese sind wichtig, um das Thema Ausbildung in der Politik zu halten«, sagt Monika von der Landesschülervertretung (LSV) Hessen.

Monika ist an diesem 22. April 2008 mit vielen anderen Schülervertretern angereist, weil sie einen Termin hat: beim Bundestag. Mit Abgeordneten.

Damit sie nicht mit leeren Händen da steht, hat sie etwas mitgebracht: exakt 72.544 Unterschriften. Sie sind von ihr und den anderen Aktivistinnen der Initiative »Ausbildung für alle« gesammelt worden, die vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften getragen wird.

Das Anliegen: Das Recht auf Ausbildung soll im Grundgesetz verankert werden. Sind genug Unterschriften zusammen, muss sich der zuständige Ausschuss des Bundestages mit dem Anliegen beschäftigen. Dazu reichen 60.000 Unterschriften.

Die Auftaktkundgebung ist am Berliner Alexanderplatz. Die SchülerInnen haben Transparente mitgebracht und geben Interviews. »Dies ist eine Aktion von Jugendlichen, mit Jugendlichen, für Jugendliche«, sagt Moderatorin Katharina Horn.

Maßgeblich angestoßen wurde das Petitionsvorhaben von Kaweeh Mansoori, auch er Sprecher der LSV Hessen. »Eigentlich müsste es bei der guten wirtschaftlichen Lage genug Ausbildungsplätze geben«, sagt er. »Aber so ist es nicht.«

Der Skandal, dass der Ausbildungsplatzmangel bis zu einer Million Jugendliche in Mitleidenschaft ziehe, dass man von 300.000 Altbewerbern spreche, die gerade mal 20 Jahre alt seien, »der kommt heute zum Ausbruch«, meint Kaweeh. »Denn Ausbildung entscheidet über die Lebensplanung.« Keine Ausbildung, keine Zukunft. »Und damit keine Chance auf berufliche und gesellschaftliche Teilhabe.«

Wie es ist, von dieser Notlage betroffen zu sein, erzählt Daniela aus Hessen. Erst hat sie zwei Jahre nach einem Ausbildungsplatz gesucht und 50 Bewerbungen geschrieben.

Dann verschwand sie in einer »Maßnahme« zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit. Anschließend wieder 50 Bewerbungen ohne Erfolg. »Mein Traumberuf? Das ist jetzt nicht mehr so wichtig.«

Schon 1980 hat das Bundesverfassungsgericht beschlossen, dass 112 Prozent Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen müssen, damit eine freie Wahl besteht.

Die Realität: Nicht mal mehr ein Viertel der deutschen Unternehmen bildet überhaupt noch aus. Vom »Fachkräftemangel« zu reden, zur Zeit ein beliebtes Schlagwort



Grundrecht auf Ausbildung – Übergabe der Unterschriften am Berliner Reichstag (vorne v.l.): Kaweeh Mansoori, Katharina Horn, Andrea Nahles

in der Arbeitsmarktdiskussion, sei bei dieser Ausbildungsbereitschaft überflüssig, glauben die SchülerInnen.

Julian sagt, dass die Gewerkschaften sie stark unterstützt hätten: »In Mainz hat uns der DGB ein Büro zur Verfügung gestellt.«

Mit dem Bildungsministerium habe es »starke Differenzen« gegeben. »Wir sind keine Wähler«, erzählt Julian, »da kann man uns unter den Tisch fallen lassen.«

Stefanie Odenwald von der GEW sagt: »Die LSV hat unglaublich gewirbelt, die waren überall sehr aktiv. Dies muss ein Signal an die Politiker sein. Es kann nicht sein, dass es nach neun oder zehn Jahren Schule heißt: ›Ihr seid nicht ausbildungsfähig.««

»Ausbildung für alle« ist und wird weiterhin Schwerpunkt unserer Arbeit sein«, sagt René Rudolf, DGB-Bundesjugendsekretär. »Mit den Unterschriften können wir uns sehen lassen.«

Welche Chancen hat nun die Petition? Unter großem Medieninteresse werden die Unterschriften vor dem Reichstag an Abge-

ordnete aller Parteien mit Ausnahme der FDP übergeben. »Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut«, skandieren die SchülerInnen.

SPD-Vize Andrea Nahles ist gar Erstunterzeichnerin. Sie sichert ihre Unterstützung zu und verweist auf das Bonusprogramm der Bundesregierung. 100.000 benachteiligte Jugendliche sollen damit eine Chance erhalten. Die Gewerkschaften sind nicht so begeistert: Ausbildung dürfe nicht durch staatliche Sonderprogramme gewährleistet werden, die Unternehmen müssten sie endlich als ihr Anliegen begreifen.

Zur Übergabe sind auch Werner Dreibus, Nele Hirsch (beide Die Linke), Annette Kramme und Katja Mast (SPD) gekommen. »Wir bilden selbst aus«, bekunden sie. Marcus Weinberg, Abgeordneter der CDU sagt: »Ich mache keinen Hehl draus, dass die CDU da mehr konstruktiv vorgeht.«

Weinberg verweist darauf, dass seine Partei in seinem Heimatort Hamburg spezielle Ausbildungsmodelle entwickelt hat. Weinberg: »Ich bilde vielleicht nächstes Jahr auch selbst aus.«

Joseph Winkler (Grüne) und Swen Schulz (SPD) sichern die korrekte Behandlung der Petition im zuständigen Ausschuss zu. Die Unterschriften werden in Schulz' Büro lagern.

»Schön, dass sie alle ausbilden«, sagt Kaweeh zum Schluss – bevor er mit den anderen in der Berliner Innenstadt Abreißzettel mit Ausbildungsgesuchen kleben geht. »Aber ein Ausbildungsplatz reicht nicht. Ausbildung muss allen zugänglich sein.« **S**

Eine Mahnung in Sachen Ausbildung könnt ihr jetzt direkt an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mailen: www.ausbildung-fuer-alle.de/post_fuer_angela

Gleich muss sein

Die IG Metall startet eine Kampagne gegen die schlechte Behandlung von – oft jungen – LeiharbeiterInnen.

Die IG Metall hat unter dem Motto »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« eine bundesweite Kampagne gegen die Ungleichbehandlung von LeiharbeiterInnen gestartet. Leiharbeit diene längst nicht mehr dazu, Auftragsspitzen aufzufangen, sondern ersetze ganz konkret Stammarbeitsplätze. Sie sei zu einem festen Bestandteil der Personalpolitik der Unternehmen geworden.

»Die IG Metall nimmt es nicht hin, dass Stammebelegschaften und Leiharbeiter gegeneinander ausgespielt werden und dass es in den Betrieben Beschäftigte erster und zweiter Klasse gibt«, sagt der Zweite Vorsitzende der Gewerkschaft, Detlef Wetzel.

Denn Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Mini-Jobs haben auch in der deutschen Metallindustrie erheblich zugenommen. Dies geht aus einer Studie hervor, deren Ergebnisse das IG Metall-Projekt »Gute Arbeit« 2007 vorgelegt hat.

Die Untersuchung belegt, dass prekäre Arbeit in die Belegschaften vieler Metallunternehmen vorgedrungen ist. Außerdem verdienen 60 Prozent der LeiharbeiterInnen im Metallbereich weniger als 1.500 Euro und können unter solchen Umständen nicht auf ein langfristig existenzsicherndes Einkommen bauen.

Vor allem Leute unter 30 sind von dem

Phänomen geplagt: Bei 25 Prozent liegt der Anteil der Prekären in der Metallbranche. Von allen befristet Beschäftigten sind rund 60 Prozent unter 30 Jahre alt. Insbesondere im Osten muss Leiharbeit als Exerzierfeld für eine Deregulierung der Normalarbeitsverhältnisse gesehen werden. »Junge Menschen werden immer mehr in Zeitarbeit, Leiharbeit und Minijobs gedrängt«, sagt Silvia Helbig von der DGB-Jugend. Nach DGB-Angaben hatten 53 Prozent aller Unter-30-jährigen schon einmal einen befristeten Arbeitsvertrag, im Vergleich zu 33 Prozent bei den über 30-jährigen.

Nach Angaben der IG Metall beträgt die Zahl der LeiharbeiterInnen in der Metall- und Elektroindustrie rund 260.000. Zum Stichtag 30. Juni 2007 waren 215.000 LeiharbeiterInnen eingesetzt. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Zuwachs von 40.000 oder 25 Prozent. In der Gesamtwirtschaft nahm die Leiharbeit um 22 Prozent zu.

Ziel der IG Metall ist es, 200 Equal-Pay-Vereinbarungen mit Entleih-Firmen abzuschließen, also Vereinbarungen, die die gleiche Bezahlung von Stamm- und Leiharbeitsbeschäftigten vorsehen. In diesem Jahr will die IG Metall so 10.000 LeiharbeiterInnen als Mitglieder gewinnen. Denn allen Beschäftigten stehe ein Anteil an der guten wirtschaftlichen Lage zu, sagt Wetzel.

Das will die IG Metall durch die Einführung eines »verbindlichen Sicherheitsgerüsts« erreichen. Dazu gehörten ein Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche als Schutz vor menschenunwürdigen Arbeits-

GLEICHE ARBEIT? GLEICHES GELD!

bedingungen, Flächentarifverträge in der Zeitarbeitsbranche und die gesamten Equal-Pay-Vereinbarungen.

Im Rahmen der Kampagne findet eine »Fairleih-Tour« statt. Deutschlandweit fährt ein Truck rund 50 Städte an. Die IG Metall berät LeiharbeiterInnen und informiert über die Ziele der Kampagne und den Umfang von Leiharbeit in der Region. [S](#)

www.gleicharbeit-gleichesgeld.de

DGB-KONFERENZ

Atypisch beschäftigt

Atypische, von dauerhafter und vollzeitiger Beschäftigung abweichende Arbeitsverhältnisse sind in Deutschland schwer im Kommen. Eine Fachtagung des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung am 19. und 20. Juni 2008 in Berlin wird prekäre Arbeitsformen wie Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit und geringfügige Beschäftigung unter die Lupe nehmen.

Thema der Tagung ist, wie die europäischen Gewerkschaften mit atypischer Beschäftigung und dem Druck regulierter Arbeitsmärkte umgehen. Welche Funktion übt Leiharbeit in anderen nationalen Arbeitsmärkten aus, wie wird mit dem Niedriglohnbereich umgegangen, wie ist Soloselbstständigkeit abgesichert, wer vertritt atypisch Beschäftigte? Welche Strategien verfolgen die nationalen Gewerkschaften in Bezug auf atypische und prekäre Beschäftigung? [S](#)

19. und 20. Juni 2008: DGB-Fachtagung »Atypische Beschäftigung und Prekarität im europäischen Vergleich«, Jerusalemkirche, Lindenstr. 85, 10249 Berlin. Anmeldung bis 30. Mai 2008. Infos: Johannes Jakob, Tel.: 030 / 240 60 399, E-Mail: Johannes.Jakob@dgb.de

Medienpraktikum – aber wie?

Presseverbände starten Online-Projekt mit Infos und Bewertungsportal für ihre Branche.

Seit Anfang Mai 2008 ist der Internetauftritt der »Praktika-Offensive« im Journalismus online: Die Website beinhaltet nützliche Informationen und Tipps für PraktikantInnen und BetreuerInnen im Medienbereich.

**PRAKTIKA
OFFENSIVE**

Neben den gemeinsamen Praktika-Richtlinien, die die drei Bündnispartner Deutscher Journalisten-Verband, Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union und Jugendpresse Deutschland 2007 veröffentlicht haben, enthält die Seite auch ein Bewertungsportal für journalistische Praktika.

Die Partner der »Praktika-Offensive« haben es sich zum Ziel gesetzt, mit ihrer Ar-

beit die Qualität der journalistischen Praktika zu verbessern. Anhand konkreter Fragen zu Dauer, Betreuung und Inhalten von Praktika können ehemalige PraktikantInnen ihre Erfahrungen an potenzielle NachfolgerInnen weitergeben. Beispiele für Betriebsvereinbarungen und Links zu Ergebnissen von Praktikastudien sind ebenfalls zu finden. [S](#)

www.praktika-offensive.de

Weltweit: Gewerkschaftsarbeit

Die DGB-Jugend fordert zur Unterzeichnung der Decent-Work-Petition des IGB auf.

Decent Work – Gute Arbeit, das ist ein Dauerbrenner in der internationalen Gewerkschaftsszene. Denn die Lage auf dem globalen Arbeitsmarkt ist unverändert schlecht: Mindestens 12,3 Millionen Menschen werden nach Zahlen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) weltweit unter sklavenähnlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen, 200 Millionen Kinder unter 14 Jahren gehen zur Arbeit statt zur Schule.

85 Millionen Jugendliche sind arbeitslos oder können nicht von ihrem Lohn leben. Bis zu 93 Prozent aller Jobs für junge Menschen fallen in den informellen Sektor, wo sie um fast 45 Prozent schlechter bezahlt werden als bei regulärer Beschäftigung.

Die Arbeit der Gewerkschaften ist davon direkt betroffen: Unternehmen drohen mit Outsourcing, um die Löhne zu drücken und hart erkämpfte Rechte wie das Recht auf Tarifverhandlungen und das Streikrecht zu untergraben. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich dagegen wehren, werden entlassen, bedroht, inhaftiert und sogar getötet.

»Nicht jeder Job ist ein guter Job«, heißt es in einer Erklärung des IGB, der nun einen weltweiten Aufruf veröffentlicht hat. Denn: »Gute Arbeit ist der Schlüssel zu einer Gesellschaft, die auf Prinzipien wie Arbeitnehmerrechten, der Schaffung von Arbeitsplätzen, Gleichheit von Frauen und Männern sowie sozialer Sicherheit beruht.« Dieses Thema – Gute Arbeit muss drin sein – hatte der DGB zum Schwerpunkt seiner diesjährigen 1. Mai-Kundgebungen erklärt. Denn »schlechte Arbeit« gibt es auch in

Deutschland genug, prekäre Beschäftigung ist massiv auf dem Vormarsch. Besonders junge Menschen und Frauen werden immer häufiger in unsichere und schlecht bezahlte Jobs gedrängt, die jetzt schon rund ein Fünftel aller Arbeitsverhältnisse ausmachen.

Ziel der IGB-Kampagne ist, bei Entscheidungsträgern und in der Bevölkerung ein Bewusstsein für das Thema zu schaffen und Gute Arbeit zum Kernpunkt von Entwicklungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Menschenrechtspolitik zu machen.

Die DGB-Jugend fordert zur Unterzeichnung der IGB-Petition auf. Denn öffentlicher Druck sei dringend notwendig. Die Unterschriften werden am »Internationalen Tag der Guten Arbeit«, dem 7. Oktober 2008, an Repräsentanten der Europäischen Union übergeben. [S](#)

Die Aufruf im Internet: www.decentwork.org

Ungleichheit wächst

Reiche Studierende bekommen genauso viel Förderung wie arme. Die Hans-Böckler-Stiftung steuert gegen – und verlängert die Bewerbungszeit für ihre Stipendien.

Zehn Semester kosten 46.000 Euro. Diese Zahl hat der Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW), Rolf Dobischat, im April 2008 auf dem Regionalen Bildungsforum in Dortmund genannt.

Berechnungsgrundlage sind die 770 Euro monatliche Einnahmen, die Studierenden gemäß der aktuellen DSW-Sozialerhebung von 2006 durchschnittlich zur Verfügung stehen. Hinzu kommen noch Studiengebühren, die im Jahr 2006 noch nicht zu entrichten waren.

Eine Menge Geld. Wer bringt sie auf? Studierende aus reichen Familien erhalten in Deutschland fast die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat wie bedürftige Hochschul-Informations-System (HIS) hervor. Die Studie adiert sämtliche Beihilfen und Steuerleichterungen, mit denen der Staat Studierende und ihre Familien unterstützt. Danach erhält ein angehender Akademiker einfacher Herkunft im Schnitt 5.720 Euro im Jahr aus öffentlichen Kassen, unter anderem aus dem BAföG. Studierende aus vermögendem Haus kommen im Familienrahmen auf jährlich 5.136 Euro, unter anderem über Ausbil-

dungs- oder Unterhaltsfreibeträge für die Eltern.

Die Studienfinanzierung sei in keinem anderen Land »so kompliziert und intransparent wie in Deutschland«, sagt HIS-Geschäftsführer Martin Leitner. Insbesondere die vielfältigen Unterstützungsleistungen an die Eltern der Studierenden seien im internationalen Vergleich einzigartig.

Mit Folgen: Stammen Anfang der achtziger Jahre 43 Prozent aller Studierenden aus der Ober- oder oberen Mittelschicht, sind es mittlerweile 62 Prozent. Studiengebühren sind zusätzliche Hürden, die Talente aus ärmeren Familien von einem Studium abhalten.

Um dieser Ungleichheit zu begegnen, hat die gewerkschaftliche Hans-Böckler-Stiftung ihre Aktion Bildung ins Leben gerufen. Damit haben begabte junge Leute aus diesen bildungsbenachteiligten Familien noch bis zum 31. Mai 2008 Zeit, sich um ein Stipendium zu bewerben.

Die Böckler-Aktion Bildung gibt es seit 2007. Bisher konnten bereits 260 Stipendien vergeben werden. In den kommenden Jahren wird die Stiftung ihr Stipendienprogramm weiter ausbauen. Pro Monat erhalten Stipendiaten derzeit bis zu 605 Euro inklusive Büchergeld, ab Oktober 2008 steigt der maximale Förderbetrag auf 655 Euro. [S](#)

www.boeckler.de/stipendium

JUGENDFESTIVAL »BERLIN 08«



»Berlin 08«: Die DGB-Jugend ist mit von der Partie beim größten Jugendfestival Deutschlands – und veranstaltet Diskussionen und Aktionen. 13. bis 15. Juni 2008. FEZ-Berlin, An der Wuhlheide 197, 12459 Berlin, Infos: www.dgb-jugend.de/themen/berlin_08

Pflichten des Azubis

Teil II: Prekäre Zeiten erzeugen Druck im Betrieb: Zum Beispiel, wenn es um die Krankmeldung geht. Die große Frage: Wie lange darf man in der betrieblichen Ausbildung fehlen?

Wer sich mit dem Thema Fehlzeitenreduzierung in der Ausbildung befasst, wird immer wieder auf dieselben Ratschläge stoßen: Wenn ein Betrieb seine Fehlzeiten verringern will, sollte er sich einem erkrankten Arbeitnehmer gegenüber fürsorglich verhalten, den Erkrankten nach seiner Genesung freundlich empfangen und ihm zu verstehen geben, dass er vermisst wurde und im Betrieb gebraucht wird.

Kranker Alltag

Die Praxis sieht laut einer Umfrage der DGB-Jugend München genau anders aus: Im Sommer 2006 wurden fast 900 Münchener Azubis zu den Bedingungen an ihrem Ausbildungsplatz befragt – Ergebnis: Jeder fünfte Azubi hat Angst, nach einer Erkrankung wieder in den Betrieb zu gehen.

Das ist nicht verwunderlich: Denn ebenfalls jedem fünften wurde bereits unterstellt, dass er blau macht, 8,9 Prozent wurde schon einmal mit Sanktionen gedroht – und immerhin vier Prozent wurden bereits für eine Krankheit bestraft!

Offensichtlich wird auf Azubis manchmal enormer Druck ausgeübt, wenn sie krank werden. Umso wichtiger ist es, dass die Azubis sich während ihrer Erkrankung korrekt verhalten.

Anrufen und krank melden!

Der Azubi muss vor Arbeitsbeginn im Ausbildungsbetrieb anrufen und sich krank melden. Dies gilt auch, wenn der Azubi die Berufsschule oder eine andere Ausbildungsmaßnahme besucht, für die er vom Betrieb freigestellt ist. In diesem Fall muss der Azubi sich zusätzlich direkt in der Berufsschule oder bei der Ausbildungsmaßnahme krank melden.

Der Azubi muss dem Ausbildungsbetrieb mitteilen, wie lange er voraussichtlich fehlen wird, so dass der Ausfall kompensiert werden kann. Den Grund seiner Erkrankung muss der Azubi nicht angeben.

Wenn der Azubi sich ordnungsgemäß krank gemeldet hat, sollte der Ausbilder ihn in Ruhe seine Krankheit auskurieren lassen. Bei der Befragung der DGB-Jugend in München gab jedoch jeder zehnte Azubi an, dass

sein Ausbilder ihn bereits einmal während einer Krankheit zu Hause angerufen und unter Druck gesetzt hatte.

Attest vorlegen

Wenn der Azubi länger als drei Kalendertage krank ist, muss er laut § 5 Entgeltfortzahlungsgesetz (EFZG) am darauf folgenden Arbeitstag ein Attest vorlegen. Der Ausbildungsbetrieb kann aber schon ab dem ersten Krankheitstag ein ärztliches Attest verlangen – wenn der Ausbilder dies mit dem Azubi vereinbart hat. In diesem Fall muss der Azubi bei einer Erkrankung immer gleich einen Arzt aufsuchen, da Ärzte in der Regel Atteste nicht rückwirkend ausstellen können.

Freie Arztwahl

Der Azubi darf seinen Arzt frei wählen, der Ausbildungsbetrieb darf ihm hier keine Vorschriften machen. Von diesem Grundsatz gibt es nur eine Ausnahme: Erkrankt der Azubi auffällig oft an einzelnen Tagen oder an Brückentagen – oder fehlt der Azubi sehr lange, kann der Betrieb den Medizinischen Dienst der Krankenkasse einschalten. Ein Arzt des Medizinischen Dienstes überprüft dann die Diagnose.

Erkrankung während der Arbeitszeit

Erkrankt ein Azubi während der Arbeitszeit, muss er sich bei seinem Ausbilder oder einem anderen Vorgesetzten abmelden und kann dann nach Hause oder in die Arztpraxis gehen. Falls es sich bei der Erkrankung um einen Betriebsunfall handelt, sollte der Azubi auf jeden Fall einen Arzt aufsuchen und in der Praxis auch angeben, dass es sich um einen Unfall während der Arbeitszeit handelt.

Arzttermine

Arzttermine sollte der Azubi – wenn möglich – immer außerhalb seiner Arbeitszeiten wahrnehmen. Falls dies nicht möglich ist, kann der Azubi auch während der Arbeitszeit zum Arzt gehen. In diesem Fall muss der sich allerdings vorher beim Ausbilder abmelden. Außerdem sollte er dem Ausbilder eine Bescheinigung über den Arztbesuch vorlegen.

Verhalten während der Krankheit

Der Azubi muss sich darum bemühen, möglichst schnell seine Arbeitsfähigkeit und Gesundheit wieder herzustellen. Dazu gehört

vor allem, dass er sich an alle ärztlichen Anweisungen hält. Dies kann auch bedeuten, dass ein Azubi mit gebrochenem Arm zwar arbeitsunfähig ist – aber trotzdem ins Kino gehen kann!

Lohnfortzahlung

Der Arbeitgeber muss das Gehalt gemäß § 3 EFZG während einer Erkrankung ungekürzt in den ersten sechs Wochen weiterzahlen. Die gilt aber nur, wenn der Azubi kein Verschulden an der Krankheit trifft und er sich korrekt krankgemeldet hat. Im Anschluss an die sechs Wochen zahlt die Krankenkasse



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

Krankengeld.

Unentschuldigtes Fehlen

Meldet sich der Azubi nicht korrekt krank, kann der Ausbilder in der Folge nach § 7 EFZG die Gehaltzahlung einstellen. Außerdem droht dem Azubi in diesem Fall eine Abmahnung oder sogar die fristlose Kündigung.

Krank in die Arbeit?

Wenn ein Azubi krank ist, darf er nicht arbeiten. Dies gilt insbesondere dann, wenn ein Arzt ihn krank geschrieben hat. Arbeitet er dennoch, kann es bei einem Arbeitsunfall Probleme mit den Versicherungen geben.

Die Befragung der DGB-Jugend in München ergab jedoch: 15 Prozent der Befragten Azubis wurden schon einmal gezwungen zu arbeiten, obwohl sie krank waren.

Wie viel Fehlzeiten sind erlaubt?

Im Forum von »Dr. Azubi« wird immer wieder die Frage gestellt, wie lange man in einer dualen Ausbildung fehlen darf. Hier gibt es keine gesetzlichen Vorgaben: Wenn ein Azubi lange krank ist, kann er deshalb nicht gekündigt werden.

Allerdings kann es ihm passieren, dass er am Ende der Ausbildung nicht ausreichend Ausbildungszeit zurückgelegt hat und deshalb nicht zur Prüfung zugelassen wird. In diesem Fall muss er seine Ausbildung entsprechend § 8 Berufsbildungsgesetz verlängern. Als Richtwert gelten hierbei zehn Prozent: Fehlt der Azubi öfter, kann es bei der Prüfungszulassung Probleme geben.

Literatur: Julia Müller: *Meine Rechte als Azubi. Von Ausbildungsvertrag bis Zeugnis*, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2007, 137 S., 9,90 Euro

Teil 1 erschien in der Soli 3-2008

Schlüssel zum Einstieg

Die Förderung von Ausbildungsfähigkeit in der Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalens ist jetzt tarifvertraglich vereinbart.

Mit dem im April 2008 erstmals geschlossenen »Tarifvertrag zur Förderung von Ausbildungsfähigkeit« glauben die Tarifpartner der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen – die IG Metall und der Arbeitgeberverband Metall NRW –, einen neuen freiwilligen Weg zur Berufsausbildung in der Metall- und Elektroindustrie gefunden zu haben.

SchulabgängerInnen und Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag erhalten die Möglichkeit einer einjährigen Förderung vor einer Ausbildung in Metall- und Elektroberufen. Die Fähigkeit der Jugendlichen zur Ausbildung soll durch aktive Mitarbeit und Integration in den Betrieb verbessert werden. Sie können Praxiserfahrungen und notwendige Schlüsselqualifikationen erwerben, um anschließend die Anforderungen einer Berufsausbildung zu erfüllen. Die Berufskollegs begleiten die Förderphase mit einem speziellen Bildungsgang, um schulische Defizite abzubauen und soziale Kompetenzen zu stärken.

Nach erfolgreicher Förderphase schließt sich die Ausbildung im Betrieb an. Die Entscheidung, ob die Förderung erfolgreich war, treffen Arbeitgeber und Betriebsrat gemeinsam.

Und das springt dabei für die Jugendlichen heraus: Sie werden gezielt unterstützt, erhalten so einen Einstieg in die Ausbildung und in die praktische Arbeit im Berufsfeld. In der Förderphase wird ein Entgelt gezahlt, das sich an der Auszubildendenvergütung im ersten Lehrjahr orientiert.

»Das wichtigste an diesem Tarifvertrag ist, dass die Auszubildenden aus der Maßnahme heraus, anders etwa als bei einer Einstiegsqualifizierung, garantiert in eine reguläre Ausbildung über-



»Mit dem neuen Tarifvertrag haben wir gemeinsam ein neues Instrument geschaffen...«

nommen werden«, sagt IG Metall-Bezirksjugendsekretär Torsten Lankau. Die Ausbildung werde nicht verkürzt, wie von Arbeitgeberseite so oft gefordert, sondern verlängert.

Der IG Metall-Bezirksleiter NRW, Oliver Burkhard, glaubt, dass mit dem neuen Tarifvertrag zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit ein neues, wirksames Instrument geschaffen wurde – »von dem alle profitieren: Die Jugendlichen und die Unternehmen«. Anders als bei bisher bestehenden Maßnahmen biete der neue Tarifvertrag ein zusätzliches Instrument, das unabhängig von öffentlicher Förderung direkt in der betrieblichen Praxis umgesetzt werde.

Auch Regina Görner vom IG Metall-Vorstand steht dem Tarifvertrag positiv gegenüber: Erstmals sei ein vielversprechendes und auf die Zielgruppe zugeschnittenes Förderangebot entwickelt worden. Allerdings,

so ihre Einschränkung, sei der NRW-Tarifvertrag »für die Betriebe freiwillig und in seiner Wirkung nicht quantifiziert«: Vielleicht könne er dennoch Vorbild für andere, bessere Tarifverträge sein.

Neben dem unterzeichnenden Arbeitgeberverband hat sich auch die Politik positiv geäußert. NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) ist der Meinung, dass IG Metall und Arbeitgeber bereits jetzt auf einen drohenden Fachkräftemangel reagieren und handeln, »indem sie jungen Menschen, die es ansonsten sehr schwer auf dem Ausbildungsmarkt gehabt hätten, eine Chance auf eine Ausbildung in der Metall- und Elektroindustrie geben«.

Die IG Metall-Jugend NRW ist nun dabei, massiv in den Betrieben für dieses Modell zu werben. Jugendsekretär Lankau: »Den Fachkräftemangel können die Unternehmer auf Dauer nicht von der Hand weisen.« [5]

Infos: www.igmetall-nrw.de

...von dem alle profitieren: Die Jugendlichen und die Unternehmen.« Oliver Burkhard

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

- Die **DGB-Jugend NRW** wird großräumig auf der Jugendmesse »respect our future« der Aktion Mensch im Landschaftspark Nord in Duisburg vom 12. bis 14. Juni 2008 vertreten sein. Neben einem Stand im Themenbereich »Berufe & Chancen« unter der Motto »Ausbildung für alle« wird es Workshops zum Thema Ausbildung, Bewerbung und Rechtsextremismus bei Jugendlichen geben. www.respect.de/cms/de/
- Am 5. Juni 2008 veranstaltet die **DGB-Jugend Thüringen** einen Aktionstag zur Initiative »Ausbildung für alle« in Erfurt. www.thueringen.dgb.de/Jugend/
- »Das märchenhafte Jugendbildungsforum »JuBiFoo8« will, dass du ein Teil von ihm bist«, teilt die **ver.di Jugend** mit. Es wird vom 16. bis 18. Mai 2008 in Saalfeld stattfinden und richtet sich an TeamerInnen, Gremien-Workoholics und AntidiskriminierungskämpferInnen. Vorkampfer- und Sommercamps der ver.di Jugend finden an folgenden Terminen statt: 22. bis 25. Mai Sonthofen im Allgäu, 13. bis 15. Juni Völklingen an der Saar, 20. bis 22. Juni 2008 Wilhelmshaven und Schlaitz. https://jugend.verdi.de/news/sommercamps_08
- Die **IG BAU-Jugend** veranstaltet vom 20. bis 21. Mai 2008 ihre bundesweite JAV-Konferenz in Steinbach. 12. bis 15. Juni 2008: Sunrise-Festival

– Bundesjugendtreffen der IG BAU in Thalmässing bei Nürnberg.

www.igbau.de

□ Die **IG BCE-Jugend** hält vom 22. bis 25. Mai 2008 ihr Bundesjugendtreffen ab. Nicht mehr ganz jung, aber auch dabei: die Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) und Jürgen Rüttgers (CDU).

www.igbce-jugend.de

□ Meetings, Meetings, Meetings – die **Transnet-Jugend** muss sich mit der Privatisierung des Arbeitgebers herumschlagen – vom 27. bis 29. Mai auf ihrer Bundesjugendkonferenz in Frankfurt/M.

www.transnet.org

□ Heavy Metal in Bayern: Das Bezirksjugendcamp der **alpinen IG Metall-Jugend** findet vom 21. bis 25. Mai 2008 in Thalmässing statt. Vom 19. bis 22. Juni 2008 gibt's das Camp der **IG Metall-Jugend Baden-Württemberg** in Markelfingen – und das der **IG Metall-Jugend Frankfurt/M.** geht vom 20. bis 22. Juni 2008 in Mellnaub.

www.jugend.igmetall.de

□ Einen neuen Online-Kalender gibt es für Fachveranstaltungen im Bereich der internationalen Jugendarbeit: Interessierte können dort bundes- und landesweite sowie internationale Veranstaltungen recherchieren. Hinweisse zu Konferenzen finden sich ebenso wie zu Fortbildungen, Seminaren oder Tagungen.

www.dija.de [5]

WEBTIPP DES MONATS

Endlich mal den eigenen Abgeordneten löchern – energiesparend und barrierefrei: Auf »abgeordnetenwatch.de«, einem Projekt des gemeinnützigen Vereins Parlamentwatch e.V. stehen die VolksvertreterInnen vom Bundestag Rede und Antwort. Besonders gern beantworten sie Fragen zur Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen, zur Entwicklung der Tarifpolitik und zum Mindestlohn. Zur Zeit stehen auch Hartz IV, Rentenerhöhung, Rauchverbot, Gesundheitsreform oder Vorratsdatenspeicherung hoch im Kurs. Besonders schön: Man kann sehen, wie lange eine Anfrage unbeantwortet bleibt. Außerdem bietet das Portal die Möglichkeit, die Ausschussmitgliedschaften, das Abstimmungsverhalten und – ganz wichtig – die Nebentätigkeiten samt Einkünften der PolitikerInnen einzusehen. Für die Einrichtung von Portalen einzelner Bundesländer werden noch MitstreiterInnen gesucht.

www.abgeordnetenwatch.de

+ Antisemitismus unter Jugendlichen: Albert Scherr und Barbara Schäuble haben Jugendliche befragt und die antisemitischen Stereotypen, die sie vorgefunden haben, analysiert. Große Frage: Wie muss eine »anti-antisemitische« Pädagogik beschaffen sein?

Download: www.amadeu-antonio-stiftung.de

+ Werte, Werte, Werte: Das Heidelberger Sinus-Institut hat im Auftrag des Bundes der Katholischen Jugend und von Misereor Lebenswelten junger Menschen mittels einer Zielgruppenstudie ausgekundschaftet. Ergebnis: So gut wie alle gläubigen Befragten gehen auf Distanz zum »Konsum-Materialisten-Milieu«. O-Ton: »Die Realität ist in der Regel eine selbstverordnete und selbstbewusste Kontaktsperre.«

www.bdkj.de

+ Diskursbombe: Weltweit kehrt das Proletariat in die Ge-schichte zurück und beweist, dass es das Kapital nicht nur hervorbringt, sondern auch an seiner Überwindung arbeitet! Aber die Linke schnallt es nicht – und suhlt sich lieber in schlechter Laune und Zukunftsangst. Das glaubt zumindest Karl Heinz Roth, der mit seinem neuen Buch die Diskussion aufrollen will.

Karl Heinz Roth: *Globales Proletariat – Provinzielle Linke? Zur »Multitude« der Gegenwart*, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 96 S., 8,80 Euro



+ Handbuch: Die Richtlinien 2008 für die Umsetzung des europäischen Programms »Jugend in Aktion« liegen jetzt auch in deutscher Übersetzung vor.



Als pdf-Download: www.jugendfuereuropa.de/191/

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

HATTINGEN – SEMINARE

Keine Gewalt – oder es knallt: Wer gewalttätige Konflikte vermeiden will, muss genau wissen, wo Ursachen von Gewalt zu suchen und zu finden sind. Dieses Training der Gewerkschaftsjugend basiert auf thematischen Bausteinen, die Hilfe zur Übertragung in die eigene Bildungsarbeit bieten. Es vermittelt Tricks, Techniken, Taktiken. Achtung: Das Seminar ist sehr handlungsorientiert!

20. bis 22. Juni 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode GED 608268714

Videoaktivismus: Spätestens seit dem G8-Gipfel 2001 in Genua ist Videoaktivismus ein unverzichtbarer Bestandteil der globalisierungskritischen Bewegung geworden. Mit der Dokumentation und Veröffentlichung von Menschenrechtsverletzungen und gesellschaftlichen Missständen wird eine Gegenöffentlichkeit zu den oft einseitigen offiziellen Medien geschaffen. Das Seminar wird klären, wie, wann und wo Video ein Medium zur politischen Aufklärung und Mobilisierung sein kann.

3. bis 8. August 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode MDS 608278707

Anmeldung: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	